

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Mediationschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3 - Fernsprecher: Amt Roma 8462 u. 4934

Verlag: A. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die 6 gelbhaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankentassen 30 Pf.

Der Internationale Gewerkschaftsbund

Ueber die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung entnehmen wir der Monatschrift des IGB., daß im Verlaufe des Jahres 1928 ein weiterer Fortschritt in der Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 13 144 225 auf 13 513 269. Der Mitgliederzuwachs beträgt 372 044 oder 2,8 Proz., gegenüber 305 051 oder 2,4 Proz. im Jahre 1927. An der Mitgliederzunahme haben 15 Landeszentralen Anteil, während 10 Landeszentralen Verluste aufweisen. Bei der Mitgliedersteigerung steht an erster Stelle Deutschland, das seinen Mitgliederstand um 470 000 erhöhen konnte. Unter den Verlustländern steht Großbritannien mit einem Rückgang von rund 200 000 Mitgliedern an erster Stelle. Hier war der starke Verlust vor allen Dingen durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und die eingetretene Spaltung im Bergarbeiterverband zu verzeichnen. Prozentual hat am stärksten Rumänien mit 54,3 Proz. zugenommen. Es steigerte den Mitgliederstand von 23 783 auf 41 421. Den größten prozentualen Verlust hat Südafrika mit 85,5 Proz. erlitten. Es erfolgte ein Mitgliedersturz von 60 660 auf 8212. Hier sind leider die Gegensätze zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern derart vorhanden, daß auf eine Besserung und Stabilisierung der dortigen Gewerkschaftsbewegung vorerst kaum zu hoffen ist.

Ueber den Anteil der Frauen in der Gewerkschaftsbewegung ist leider von allen angeschlossenen Landesverbänden keine Mitteilung gemacht worden. Soweit solche Angaben vorliegen aus den Ländern mit insgesamt 12 053 346 Mitgliedern, sind darunter 1 822 633 oder 15 Proz. Frauen organisiert. Der prozentuale Anteil der Frauen stieg von 14,3 auf 15,1 Proz. Den größten Prozentsatz der Frauen weisen folgende Länder auf: Memelgebiet 23,4, Dänemark 25,3, Lettland 24,2, Deutschland (AFA) 22,2, Oesterreich 21,9 und die Tschechoslowakei 21,5 Proz. Den niedrigsten Prozentsatz mit 6,4 verzeichnen die Niederlande. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder stieg prozentual in Ungarn von 14,7 auf 16, Großbritannien von 10,4 auf 12,7, Deutschland (AFA) von 21 auf 22,2, Lettland von 23,1 auf 24,2 Proz. Einen starken Rückgang weist Palästina im Berichtsjahre auf.

Die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen blieb mit 28 gleich. Beigetreten ist die Landeszentrale von Griechenland mit 52 775 Mitgliedern. Die Gewerkschaftszentrale von Litauen mußte infolge des dort herrschenden Terrors aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Die angeschlossenen Landeszentralen sind in der Hauptsache in Europa. Außereuropäische Länder sind Argentinien, Kanada, Palästina, Südafrika und Südwestafrika. Es ist somit auch im Berichtsjahre nicht gelungen, die großen Landeszentralen in Amerika, Asien und Australien der Internationale anzuschließen. Der kommende internationale Kongreß in Stockholm wird sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen und Vorkerkungen treffen, um den Anschluß der Gewerkschaften in den außereuropäischen Ländern zu beschleunigen.

Durch die internationale Verflechtung des Kapitals werden auch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter stark beeinflusst, und daher tritt die Notwendigkeit stärker an die Internationale heran zur Ge-

winnung der außereuropäischen Organisationen. Erst dann, wenn diese Gewerkschaften in den Rahmen der Internationale eingegliedert sind, wird es möglich sein, die großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben mit Erfolg und beschleunigter durchsetzen zu können.

Die Aufstellung über die Finanzen der Organisationen ist leider nur von 13 Ländern angegeben worden. Ein vollkommener Einblick in die Stärke der Verbände ist dadurch nicht möglich. Nach den Angaben betrug die Gesamteinnahme in den berichtenden Ländern 341 153 391 holländische Gulden oder rund 580 Millionen Mark. An erster Stelle steht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit 131 488 013 holländischen Gulden, ihm folgt unmittelbar Großbritannien mit 130 629 158 holländischen Gulden. Die Gesamtausgaben betrugen 295 588 147 Gulden oder rund 500 Millionen Mark.

Für Streiks und Aussperrungen wurden rund 32 Millionen Gulden ausgegeben, eine bedeutende Steigerung gegenüber dem Jahre vorher mit 10 Millionen Gulden. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung stiegen auf 82 Millionen gegen 22 Millionen Gulden im Jahre vorher. Für Kranken-, Invaliden- und Sterbeunterstützung wurden fast 39 Millionen Gulden ausgegeben. Diese bedeutende Steigerung für soziale Unterstützungszwecke resultiert aus der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit, wie sie ganz besonders in Deutschland und Eng-

land, den Ländern mit den beiden großen Gewerkschaftsorganisationen und einem gut ausgebauten Unterstützungswesen, zu verzeichnen war. Trotz dieser schweren Belastung durch die hohen Unterstützungsausgaben konnte das Gewerkschaftsvermögen nicht unerheblich zunehmen. Bei Hinzurechnung der Einnahmen derjenigen Organisationen, die keine Angaben gemacht haben, dürften die Gewerkschaften, die dem IGB. angeschlossen sind, schätzungsweise über eine Jahreseinnahme von nahezu 1/2 Milliarden verfügen.

In diesen wenigen Zahlen kommt mit aller Deutlichkeit das starke Kraftzentrum der im IGB. vereinigten Gewerkschaften zur Geltung. Wohl hat es Jahre in der Nachkriegszeit gegeben, wo die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände bedeutend höher war. Seitdem sind einige Millionen der Mitglieder, die in den Gewerkschaften das Heilmittel zur sofortigen Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft suchten, wieder fahnenflüchtig geworden. Demgegenüber steht jedoch fest, daß sich die Konsolidierung in den Gewerkschaften stärker vollzogen hatte, die große Fluktuation in den ersten Nachkriegsjahren bedeutend eingedämmt werden konnte und somit heute die innere Kraft neben der finanziellen Macht viel stärker zum Ausdruck kommt. Jedoch gemessen an dem großen Millionenheer der Gesamtarbeiterchaft kann das Ergebnis noch nicht befriedigend sein. Unendlich viel Arbeit liegt in allen Ländern noch vor zur Gewinnung der großen Schar der Indifferenten.

Rechtsschutz im Verbands

Der § 47 unseres Statuts bestimmt, unter welchen Bedingungen Rechtsschutz für die Mitglieder gewährt wird. Daß bei der Erteilung des Rechtsschutzes von Seiten des Verbandsvorstandes nicht kleinlich gehandelt wird, zeigt die Anzahl der im Geschäftsjahr 1929 vorgekommenen Fälle. Gegen das Jahr 1928 ist eine erhebliche Steigerung der Rechtsschutzanträge zu verzeichnen. 1928 wurden insgesamt 724 Anträge auf Gewährung von Rechtsschutz gestellt, wovon 701 genehmigt wurden. 1929 steigerten sich die Anträge auf 997, wovon 43 abgelehnt werden mußten, da die statutarischen Bestimmungen nicht erfüllt waren. Der Bericht über Klagen, Anklagen und Strafbefehle erstreckt sich somit noch auf insgesamt 934 Fälle. Im Ergebnis zeigten diese 934 genehmigten und durchgeführten Rechtsschutzfälle folgendes Bild:

Mit vollem Erfolg endeten 112 Fälle, mit teilweisem Erfolg 25 Fälle, durch Vergleich 30, ohne Erfolg 88. Strafbefehle wurden gleich bezahlt: 465; Einsprüche gegen Strafbefehle wurden zurückgezogen 9; Gerichtskosten wurden in 103 Fällen übernommen, die Einstellung des Verfahrens erfolgte in 3 Fällen, von Arbeitersekretären wurden 4 Fälle übernommen. Nicht in Anspruch genommen bzw. ohne Entstehung von Kosten wurden abgeschlossen 50 Fälle, nicht abgeschlossen sind 45 Fälle, in 52 Fällen wurde Rechtsschutz in höheren Instanzen gewährt von denen 20 mit vollem Erfolg 7 mit teilweisem und 21 ohne Erfolg endeten. 4 Fälle harren noch der Erledigung. Die Antragssteller gehören folgenden Berufsgruppen an:

Kraftfahrer 617, Kutscher 115, andere Berufe 220. Angestellte des Verbandes 15, Verbandsortsgruppen 10. Ärztliche Gutachten wurden in 15 Fällen eingeholt. Innerhalb des gesamten Rechtsschutzes wurde nach § 47 Ziffer 5 des Statuts, den erweiterten Rechtsschutz bzw. Entschädigungen betreffend, in 599 Fällen Rechtsschutz gewährt, und zwar an 465 Kraftfahrer, 61 Kutscher und 99 in anderen Berufen.

Die Ausgaben für den Verbandsrechtsschutz betrugen insgesamt 23 439,75 M. Vielen unserer Mitglieder wurde dadurch zu ihrem Recht durch die Unterstützung des Verbandes verholfen. Tausende von Mark wurden für sie an untertariiflich bezahltem Lohn erreicht. Hinzu kommen weiter die vielen Klagen vor den Arbeitsgerichten, die von den Verbandsangestellten bei den örtlichen Arbeitsgerichten durchgeföhrt werden mußten.

Die hier durch den Verband geleistete Hilfe kann zahlenmäßig überhaupt nicht wiedergegeben werden, denn in den allermeisten Fällen wurden solchen Mitgliedern, die von den Unternehmern lange Zeit hindurch unter den tariflichen Bestimmungen bezahlt wurden, durch außergerichtliche Vereinbarung mit den Unternehmern die schuldenden Lohnbeträge nachgezahlt, sowie die Tarifbestimmungen eingehalten.

Auch dieser Abschnitt aus der Tätigkeit des Verbandes muß der indifferenten Kollegenschaft den Beweis erbringen daß sie in der Gewerkschaft Hilfe zur Sicherung ihrer Rechtsansprüche finden können.

Siegeszug der Sozialversicherung

Das Internationale Arbeitsamt registriert laufend den Fortschritt der Sozialpolitik im allgemeinen und der Sozialversicherung im besonderen. Es ist sehr aufschlußreich, festzustellen, daß zu der gleichen Zeit wo in Deutschland gegen die Sozialversicherung Sturm gelaufen wird, sie in anderen Ländern Eingang findet. In Frankreich ist das Sozialversicherungsgesetz verabschiedet. Rund 8 1/2 Millionen französischer Arbeitnehmer werden dadurch dem Versicherungszwang unterworfen. Auch in Holland ist ein Gesetz in Kraft getreten, daß für alle Lohnarbeiter die Krankenversicherung vorseht. In anderen Ländern können ähnliche Fortschritte festgestellt werden.

Nach Feststellungen des I. A. A. besteht heute eine Krankenversicherung in 24 Ländern, und zwar in Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Estland, Griechenland, Italien, Irland, Japan, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Ungarn, Jugoslawien, Schweiz und der Tschechoslowakei. Selbstverständlich sind die Gesetze in den vorgenannten Ländern sehr verschieden. Es werden in diesen Ländern 4 bis 38 Proz. der Gesamtbevölkerung und 15 bis 91 Proz. der lohnbeziehenden Bevölkerung von der Versicherungspflicht betroffen. Die Landarbeiter sind in zwölf Staaten versicherungspflichtig.

Ähnlich ist die Ausdehnung der Unfallversicherung. Eine Haftpflichtgesetzgebung besteht in 40 Ländern. Eine Zwangsversicherung gegen Unfall besteht in Deutschland, Australien (Südaustralien und Victoria), Oesterreich, Bulgarien, Chile, Norwegen, Finnland, Dänemark, Estland, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Die Invalidenversicherung, die in der Regel mit einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung verbunden ist, hat Eingang gefunden in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Spanien und der Tschechoslowakei. Zweifellos hat der Krieg und seine Folgen die Ausbreitung der Sozialversicherung sehr beschleunigt. Wir Deutschen sollten uns freuen, daß auch andere Länder dazu übergehen, die in Deutschland erprobten Sozialversicherungsgesetze einzuführen. Die internationale Ausbreitung der Sozialpolitik ist jedenfalls eine Tatsache, die von keiner Macht aufgehalten werden kann. Ausgerechnet in einem solchen Zeitalter treten in Deutschland Leute auf, die die Sozialversicherung durch ein erklügeltes System einer Zwangspardaße ersetzen wollen. O, diese Reaktionäre!

Hetze und Verleumdungen gegen die Arbeitslosen

Auf dem Verbandstag B o m m e r s c h e r M ü l l e r - J u n g e n wurde ein Vortrag vom Verbandssekretär Lüder gehalten, der so recht zeigt, in welcher Weise die Innungsmitglieder gegen die Arbeiterschaft ganz allgemein aufgehetzt werden.

Redner kennzeichnete die Mißstände in unserem heutigen Wirtschaftsleben und wandte sich insbesondere gegen die ungeheure Belastung der Wirtschaft durch die sozialen Abgaben, besonders die Arbeitslosenunterstützungen und meinte, daß „unsere Jugend heute gleich nach der Einsegnung am liebsten inempelnge“. Selbstverständlich wandte sich der Redner auch gegen die „Lohnzwangswirtschaft“, die gebunden ist durch Tarife, die aber auf der anderen Seite ungeschützte Preise für ihre Produkte hätte. Dabei haben auch die Vertreter der Kleinmühlen wiederholt das Ueberwiegen der kartellgeregelten Preise in Deutschland festgestellt und sich dagegen gewandt, ganz abgesehen davon, daß Luder mehr selbst Anhänger des Organisationszwanges bei den Innungen ist und ebenfalls für eine korporative Wablöhnerregelung eintritt.

Der Rückgang des Roggens ist nach ihm auch darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosen Weißbrot aßen. Er kennt jedenfalls nicht die Ergebnisse der Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes. Nach dieser Untersuchung verzehren die Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 800 Mk. jährlich, 92,3 Kilogramm Roggenbrot und 148 Kilogramm Weißbrot und Weizengebäd jährlich. Bei einem jährlichen Einkommen von mehr als 1500 Mk. (also nicht die Arbeitslosen), 73,3 Kilogramm Roggenbrot und 23,5 Kilogramm Weißbrot und Weizengebäd. Doch was braucht Luder das seinen Zuhörern zu sagen, wenn es ihm nur darum geht, gegen die Arbeitslosen zu hetzen. Selbstverständlich wandte er sich auch gegen das Nachtarbeitverbot. Dabei überließ er, daß sogar aus den Kreisen, vor denen er seinen Vortrag hielt,

ein Verbot der Nachtarbeit im Mühlengewerbe verlangt wird. (Natürlich nicht für ihre Betriebe, sondern für die anderen.) Dieser Vortrag zeigt so recht, worauf die sprachmächtige Rückständigkeit der Kleinmühlen zurückzuführen ist. Wir müssen aber gegen eine derartige Hetze gegen die Arbeitslosen aufs schärfste protestieren.

Arbeitslosenversicherung und Direktorengelälter

Auf der Jahresversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller hielt der Vorsitzende dieser Organisation einen Vortrag über die allgemeine Wirtschaftspolitik, wobei er sich besonders mit der Arbeitslosigkeit beschäftigte. „Die schwache Staatsgewalt“ bemerkte er, „werde nicht von der Industrie, sondern von den Gewerkschaftsführern usw. beeinflusst. Es käme einzig und allein darauf an, den 3 Millionen Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen, aber Staat und Gewerkschaften hüteten die Unternehmer daran.“ Es gehört ein großer Mut dazu, in diesen wenigen Sätzen so unendlich viel Unwahrheit auszusprechen. Als aber dieser Unternehmerführer auf die Rehrseite der Medaille zu sprechen kam, mußte er dennoch mit süßlaurer Miene folgendes zum besten geben:

Duldet keine Unorganisierten in den Tarifbetrieben!

Um 24. Mai ist der 22. B o w e nbeitrag fällig.

„Es begegnet uns oft in der Presse der Vorwurf, die Lebensführung gewisser Unternehmerkreise ließe nicht immer die Not der Wirtschaft erkennen und es werde in manchen Dingen allzu peinlich eine Sparsamkeit und Genügsamkeit vermißt, wie sie die Wortführer der Industrie im öffentlichen Leben so nachdrücklich fordern; es werde auch zuviel vom Produktionsertrag durch Aufwand, überhohe Gehälter und Aufsichtsratsnefureuren verzehrt. Ich halte es für verfehlt, dies kurzerhand abzutun oder stillschweigend darüber hinwegzugehen. Es ist weder klug noch anständig, die sozialen Gegensätze, wie sie in den eagenen Reihen des Unternehmertums bestehen und sich aus dessen Verhältnis zu den von der Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffenen Bevölkerungsschichten ergeben, zu verschärfen. Unzweifelhaft herrscht nach den Wertverschickungen und Erschütterungen durch Krieg und Inflation in manchen Kreisen, vor allem in den Städten, oben wie unten ein starker Hang zum Wohlleben, zum Luxus und zur Talmieleganz, so daß einem mitunter das Wort vom armen Deutschland abgeschmackt erscheinen möchte.“

Wir wundern uns nur, daß dennoch so viel Unwahrheiten über die Arbeitslosenversicherung immer wieder zum besten gegeben werden.

Mehl- und Brotpreise am 1. Mai

Auf dem Weizenbrotmarkt war infolge der günstigen Berichte über den Saatensand und in Anbetracht der vorhandenen großen Vorräte eine feste Tendenz zu beobachten, die auch in der nächsten Zeit anhalten dürfte. In entgegengesetzter Richtung entwickelte sich die Preisgestaltung an den deutschen Brotgetreidemarkten, wie wir schon in unserem Bericht vom Vormonat hervorheben mußten. Die durch die Regierung Brüning-Schiele vorgenommene weitere Erhöhung des Weizenzolls von 120 auf 150 Mk. per Tonne, haben wir schon mitgeteilt. Die Quote des Vermahlungszwanges für deutschen Weizen in Höhe von 50 Proz. wurde weiter verlargert, so daß die Tatsache zu verzeichnen ist, daß viele Binnenmühlen nun aufsehen können, wie der Weizen mit hohen Frachtpreisen auf Kosten der Verbraucher nach anderen Landesgegenenden spazieren gefahren wird! Dieser Zustand drückt sich auch recht fühlbar in der unten angegebenen Preisentwicklung aus. Um die Roggenpreise weiter in die Höhe zu treiben, soll zu den hohen Zöllen eine Neuregelung des berücksichtigten Einfuhrscheinsystems hinzukommen, damit andere Getreide importierende Länder auf unsere Kosten recht billigen deutschen Roggen erhalten, während er hier nicht teuer genug sein kann! Eine größere Berrücktheit ist kaum denkbar. Der agrarischen Unternunft gegenüber sei darauf hingewiesen, daß selbst der preußische Landwirtschaftsminister eine Umstellung der Landwirtschaft forderte.

Die Preisentwicklung gestaltete sich im Monat April wie folgt:

April 1930	Hessland Beim Roggen p. 100 kg ab Cembura 20		Juliand Weizen Roggen ab Markt. Stationen (S. B. Notiz. p. 1) 20		Berliner Weizen Roggen mehl per 100 kg 20	
	1.-12.	11.-20.	1.-12.	11.-20.	1.-12.	11.-20.
	309,—	232,—	262,—	163,—	37,—	27,—
	318,—	220,—	296,—	163,—	36,75	26,75
	305,—	218,—	275,—	164,—	28,20	27,—

Nach unserer monatlichen Statistik ist der Durchschnittspreis für einen Doppelzentner Roggenmehl (Bäckerbrotmehl) gegenüber dem Vormonat von 28 Mk. auf 29,65 Mk. und für ein Kilogramm Roggenbrot von 39,9 Pf. auf 41 Pf. gestiegen. Wir verweisen auf die Tabelle:

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrotes
	1 dz Roggenmehl 20.	1 kg Roggenbrot 20.	1 dz Weizenmehl 20.	1 kg Weizenbrot 20.	
Königsberg i. Pr.	27,—	36	41,50	2,5	40
Breslau	24,75	32	39,50	2	80-90
Östlich	36,—	32	39,—	2,5	45
Rathow	32,—	48	34,—	5	60
Berlin	31,—	39,5	34,—	3	32,5
Hamburg	1)25,—	38	1)43,—	2,5	30-35
Bremen	29,50	43	49,50	2,5	31
Magdeburg	26,—	35	1)46,—	5	55
Hannover	28,—	38	42,—	2,5	25
Halle a. d. S.	27,—	34,4	41,—	3	40
Chemnitz	29,50	37	46,—	3	35
Dresden	28,25	35	47,50	4	40
Erfurt	27,—	34	39,—	3	40
München	29,—	40	46,—	4	42
Münster	29,75	50	43,50	4	42
Vandshut	32,—	50	39,—	3	37
Witzburg	39,—	42	44,—	5	60
Stuttgart	1)34,75	38	46,75	4	35-40
Mannheim	32,—	42	44,75	4	40
Freiburg i. Br.	1)42,50	4)48	46,50	4	38-40
Frankfurt a. M.	28,—	42	43,—	4	35-40
Hildesheim	29,—	40	1)45,—	2,5	30-35
Köln	29,—	48	42,50	3	30
Aachen	27,—	50	36,50	3	35-38
Arcfeld	28,—	43	41,—	3	35
Eslerfeld	1)30,50	37	1)45,50	3	40-50
Essen-Muhre	1)31,—	48	1)39,—	2,5	32
Dortmund	29,—	45	37,50	2,5	35-40
Bielefeld	28,—	36	45,—	2,5	40
Danzig	21,—	35	40,—	4	45

1) Durchschnittspreis. 2) Brotmehl. 3) Schwarzbrot. 4) Weizenbrotmehl. 5) Weizenmehl.

Verteilung der Biersteuer

Im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930/31 ist der Ertrag der Biersteuer mit 550 Millionen Mark veranschlagt. Im vergangenen Rechnungsjahr hat diese Steuer 411 Millionen Mark erbracht. Aus dem Biersteuereinkommen erhält Bayern eine Sonderentschädigung von 13,55 Proz., Württemberg eine solche von 2,50 Proz. und Baden 1,60 Proz. Im einzelnen dürfen diese Beträge, nach einem Gesetz vom April 1927, für Bayern die Summe von 45 Millionen Mark, für Württemberg 8 633 000 Mark und für Baden 7 755 000 Mark nicht übersteigen. Dieses Gesetz wurde vom Freistaat Preußen angefochten mit dem Erfolg, daß der Staatsgerichtshof dieses Gesetz für rechtsungültig erklärte. Durch einstweilige Verfügung wurde dem Reich jedoch die Befugnis zugestanden, die bisher gezahlten Höchstbeträge an die in Frage kommenden Länder solange zu überführen, bis eine gesetzliche Regelung, die der Verfassung entspricht, getroffen wird. In dem am 1. Mai in Kraft getretenen Änderungen zum Biersteuergesetz wird in Artikel VIII den Ländern eine Ueberweisung von einem Sechstel zugesprochen. Die endgültige Regelung und die Verteilung auf die einzelnen Länder wird zusammen mit der Gestaltung des Etats geschehen.

Mühlenchemie-Kursus in Hamburg

Durch die Vermittlung der Gewerkschaft und das dankenswerte Entgegenkommen der Oberschulbehörde in Hamburg, war es möglich gewesen, für das Winterhalbjahr 1929/30 einen Kursus für Mühlenchemie einzurichten. Die Oberschulbehörde bestimmte einen Chemiedoktor als Lehrkraft und stellte das Laboratorium mit der Versuchsbäckerei einer modern eingerichteten Gewerbeschule zur Verfügung.

Damit ging ein schon oft ausgesprochener Wunsch in Erfüllung, und den Kollegen wird nun die Möglichkeit gegeben, den beruflichen Erfordernissen angemessen sich mit der Chemie vertraut zu machen.

Bei der Vielartigkeit der Mülerei ist das zweifelslos ohne eine Notwendigkeit geworden. Ob Getreide, Schäl, Selsfrucht oder sonstige Mülerei, ohne Anwendung chemischer Hilfsmittel wird man kaum mehr auskommen können. Es beteiligten sich 14 Müller und 6 Bäcker. Bei der ersten Zusammenkunft anfangs November wurde eine Verständigung auf zehn Abende zu je zwei Stunden für theoretischen Unterricht und zehn Abende mit je drei Stunden praktischer Arbeit erzielt.

Eingangs wurden an Hand einer Weltkarte die Ursprungsänder der Rohprodukte durchgenommen. Dann wurden uns Vorträge gehalten über die wichtigsten Grundstoffe, die die Erdrinde enthält und ihre in der Chemie allgemeinübliche Kurzschreibformeln erklärt. An den zehn Arbeitsabenden waren ebenso

viele Programmpunkte auszuführen, es arbeiteten immer zwei und zwei Mann, möglichst ein Müller und ein Bäcker zusammen. Es wurden folgende Bestimmungen durchgenommen über: 1. Eideiß, 2. Fett, 3. Asche, 4. Rohfaser, 5. Tausendkorngewicht und Wasserbestimmung, 6. Backversuch, 7. Gärversuch, 8. Triebkraft, 9. Kleber, 10. Kochsalz und Hefe. In- und ausländische Rohprodukte und Fertigfabrikate wurden auf ihre Nährstoffe untersucht. Chemisch beeinflusste Mehle wurden auf ihre Backfähigkeiten verglichen. Auch von Soja, Kakaobohnen und anderen Delikatessen wurde der Fett-, Eideiß und Aschegehalt festgestellt.

Mit Genugtuung konnte man beobachten, wie die Versuche von den Teilnehmern aufmerksam verfolgt und dank der leichtverständlichen Unterrichtsart des Herrn Dr. Treu ausgeführt wurden.

Der Zweck über diesen Kursus zu berichten ist, weitere Kreise der Müller- und Bäckerkollegen in der näheren Umgebung Hamburgs zu interessieren, damit die Beibehaltung dieser Unterrichtsabende für weitere Jahre sichergestellt werden kann. Die Gebühren betragen 10 Mk. pro Teilnehmer. Dieser verhältnismäßig geringe Betrag kann offenbar nur für Material und Beleuchtung gedacht gewesen sein.

Am Abschlußabend kam der Wunsch einmütig zum Ausdruck, den angefangenen Kursus im kommenden Winterhalbjahr fortzusetzen, und bei genügenden Neumeldungen soll noch ein Abend für Anfänger eingerichtet werden.

Dies Jahr soll bereits im Oktober begonnen werden. Interessenten werden gut tun, sich rechtzeitig bei der Ortsverwaltung Hamburg unseres Verbandes vorzumerken zu lassen.

L. St., Hamburg.

Reaktionäre Methoden

Bei Menschen, die bisher für sich in Anspruch nahmen, einer gebildeten Volksschicht anzugehören, konnte immerhin ein gewisses Mitgefühl für die am schwersten betroffenen Opfer der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosen, festgestellt werden. Wie weit aber die Hege des reaktionären Arbeitgebertums geht, kommt in Nr. 38 der „Lemgoer Konditorei“ zum Ausdruck:

„Erziehung zu Faulenzern!“

Nach der Statistik betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die Arbeit auf dem Lande suchten, im Jahre 1925 6,6 Proz., 1927 waren es nur noch 5,1 und seitdem ist der Andrang noch weiter zurückgegangen. Warum auch sollte ein Jugendlerner arbeiten, wenn er beim Stempeln 10 bis 15 Mk. in der Woche ohne Arbeit verdient? Der Landwirt aber jammert, daß er für seine Arbeit keine Arbeitskräfte mehr bekommt und die Linksparteien jammern, daß man die Arbeitslosenversicherung abbauen, in Wirklichkeit aber doch nur auf eine vernünftige Grundlage umbauen will.

„Die Konditorei“, ein offizielles Organ des Deutschen Konditorenbundes, ist bei ihren Veröffentlichungen nicht wählerisch, wie wir des öfteren feststellen konnten.

Zur Sache selbst können wir nachweisen, daß die Angaben aus der Luft gegriffen sind. Tausende und aber Tausende von Arbeitslosen der Großstadt haben es in den letzten Jahren immer wieder versucht, Arbeit in der Landwirtschaft zu finden. Ihre Bemühungen waren vergeblich. Sie waren deshalb vergeblich, weil bei der Verwendung der modernsten Maschinen in der Landwirtschaft die Arbeitslosen nicht mehr untergebracht werden können. Empörung muß aber der Hinweis hervorrufen, als ob 10 bis 15 Mk. Erwerbslosenunterstützung, deren Anspruchsberechtigung erst durch die Erstattung der gesetzlich vorgeschriebenen Erwerbslosenversicherungsbeiträge gegeben ist, zur Deckung der notwendigen Lebensbedürfnisse reichen oder gar zum Schlemmerdasein führen. Wenn die Herren der süßen Kunst die bestehenden Grundzüge der Erwerbslosenfürsorge als unvernünftig betrachten und ihren Abbau propagieren, so scheinen sie von der ungeheuren Not der Erwerbslosen, trotz des sichtbaren Elends, keine Ahnung zu haben. Auch selbst im eigenen Beruf scheinen sie der Entwicklung mit verbundenen Augen gegenüberzustehen.

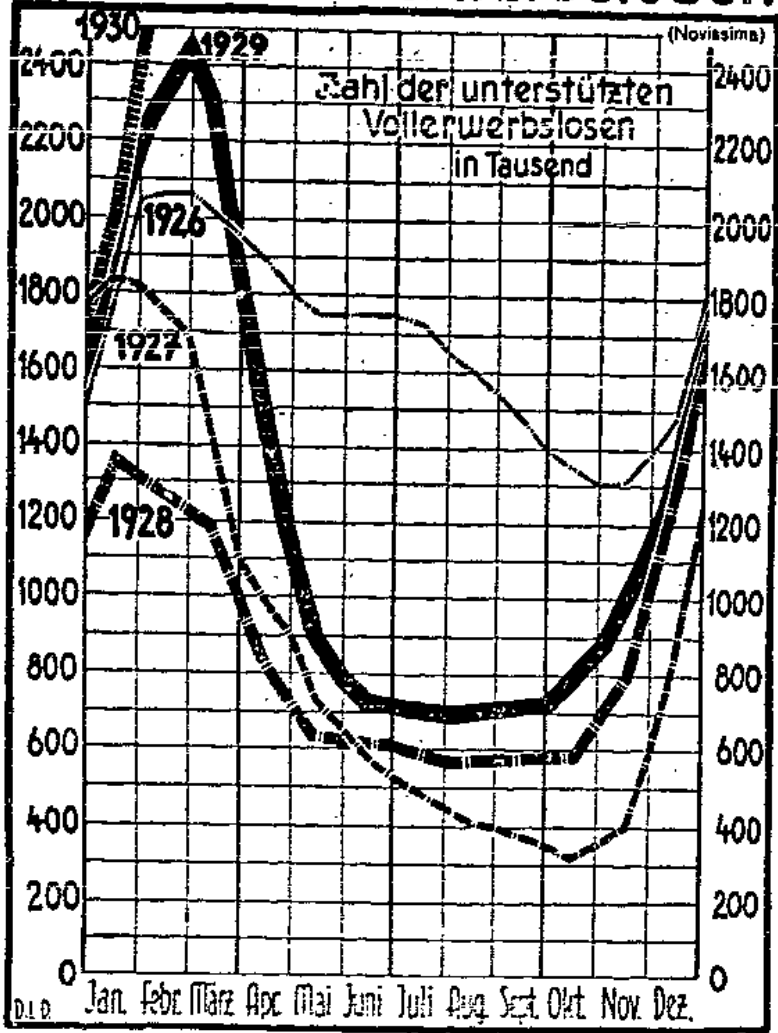
Das Heer der arbeitslosen Konditorgehilfen wird von Tag zu Tag größer. Die Ausbildung des Nachwuchses geht in uneingeschränkter Form weiter und führt dem Arbeitsmarkt immer weitere Arbeitskräfte zu. Der traditionelle Hinweis der Arbeitgeber, daß alle im Beruf bleiben und sogar einmal selbständig werden können, wirkt heute unter vernünftig denkenden Menschen geradezu lächerlich. Schon nach Beendigung der Lehrzeit beginnt die Sorge darum, als gelernter Fachmann im Beruf verblieben zu können. Heute ist das nur im begrenzten Maße der Fall. Tausende müssen sich trotz drei- und vierjähriger Lehre auf andere Weise ihr Brot verdienen. Der Weg in die Landwirtschaft oder zu anderen Berufen braucht deshalb von den Konditormeistern nicht mehr gewiesen zu werden. Der Wegweiser auf diesen Weg ist die Erwerbslosigkeit, den auch die jungen, ausgerechneten Konditorgehilfen zu 50 Proz. leider gehen müssen.

Unverdächtige Stimme zur deutschen Wirtschaftslage

Seit Jahr und Tag wird von Wirtschaftskreisen, Unternehmerverbänden, Industrie- und Handelskammern usw. auf die zunehmende Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage hingewiesen. Daran wäre schuld die große Verschuldung Deutschlands, die außenpolitischen Verpflichtungen, außerdem unsere Lohn- und Sozialpolitik. Gegen diese gewerbsmäßige Schwarzmalerei wendet sich jetzt die größte deutsche Privatbank, die DD-Bank (fusionierte Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft).

In ihrem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht bekräftigt sie mit neuen Argumenten ihre Anschauung.

Das Heer der Erwerbslosen



Das sprunghafte Steigen der Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit, die hartnäckigen Kämpfe, die die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung mit sich brachte, haben das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer der wichtigsten wirtschaftlichen Tagesfragen gemacht. Die Arbeitslosigkeit ist in den ersten zwei Monaten dieses Jahres ungefähr um 10 Proz. höher als im Vorjahre und beinahe doppelt so hoch wie 1928. Für Mitte Februar dürfte die ungeheure Zahl von 2,4 Millionen Vollerwerbslosen und 270 000 Krisenunterstützten erreicht worden sein. Nimmt man, was sicher zu niedrig geschätzt ist, an, daß die Zahl derer, die keinerlei Arbeitslosenunterstützung erhalten und doch ohne Arbeit sind, gerade so groß ist wie die der Krisenunterstützten, so kommt man zu dem Resultat, daß zurzeit jeder zehnte deutsche Erwerbsfähige keine Arbeitsmöglichkeit hat.

Nach ihrer Meinung schießt das allgemeine Mißtrauen weit über das Ziel hinaus, und die augenblicklich allerdings nicht ganz erfreuliche Situation dürfe nicht ausschließlich die Stimmung beeinflussen. Die gute Grundlage der deutschen Wirtschaft versprache die Ueberwindung der Krise. „Die gesamte Auslandsverschuldung Deutschlands“, schreibt die DD-Bank „lang- und kurzfristig, beträgt auf Grund der höchsten Schätzung nach Abzug der deutschen Handels Guthaben im Auslande (mindestens 3 Milliarden Mark) Ende 1929 rund 15 Milliarden Mark. Es entspricht dies ziffernmäßig dem Betrage, den wir seit Beginn der Stabilisierung allein im Wohnungsbau investiert haben (14,9 Milliarden Mark). Daraus folgt, daß alle anderen Zahlungen und Anlagen, also die Neuauf- frischung der privaten Haushaltungen und der Handelslager nach der Inflation, die ganze Rationalisierung mit Fabrikbauten und maschineller Neueinrichtung, Verbesserungen im Eisenbahn- und Verkehrswesen, Bau neuer und Instandsetzung alter Straßen, die nicht gerade zu sparsamer Errichtung und Ausstattung öffentlicher Gebäude seit 1924 und endlich die 8 Milliarden Mark Dawes-Zahlungen aus eigener Kraft geleistet worden sind. Die Transferierung der Reparationszahlungen ans Ausland freilich konnten und können wir noch nicht aus eigener Kraft bewirken. Dieses Problem kann nur durch genügende Aktivierung unserer Handelsbilanz gelöst werden. Die Effektenkäufe und Beteiligungen des Auslandes in Deutschland werden durch die große, aus Verlehnung der wirklichen Lage stammenden Kapitalflucht reichlich aufgewogen.“

Man würde einwenden, daß deshalb im einzelnen die momentanen Schwierigkeiten nicht

übersehen werden dürfen. Das soll gar nicht geschehen. Die Geschäftsberichte und die Dividenden folgten schon für eine nüchterne Bewertung der Gegenwart, aber man dürfe nicht vergessen, wie leistungsfähig die deutsche Industrie geworden ist. Die Zahlen der Wirtschaftsstatistik, die im Gegensatz zu den Ziffern der Bilanzen eine Schau aus der Vogelperspektive vermitteln, gestatteten eine sehr günstige Gesamtansicht. Deshalb könne ein Urteil, das alle Argumente in Betracht zieht, nur lauten: die deutsche Wirtschaft besitzt trotz kritischer Einzelercheinungen der Gegenwart eine widerstandsfähige Grundlage bei verheißungsvoller Gesamtentwicklung. Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Unternehmer fortwährend behaupten.

Weiterer Rückgang des Branntweinabsatzes

Nach der Veröffentlichung der Branntweinmonopolverwaltung ist der Absatz von Trinkbranntwein im zweiten Vierteljahr des Betriebsjahres 1930 katastrophal zurückgegangen. Der Absatz betrug in dieser Zeit etwas über 86 000 Hektoliter, während er im vorhergehenden Quartal rund 120 000 Hektoliter und in der gleichen Zeit des Vorjahres 273 000 Hektoliter betragen hat. Allerdings ist bei diesem Zahlenvergleich zu berücksichtigen, daß im Vorjahr eine durch die Erhöhung der Hektolitereinnahme verursachte Preis- erhöhung vor der Tür stand, die den Anlaß zu Voreindeckungen gab. Uebermäßig groß können aber die Voreindeckungen nicht gewesen sein, da das Branntweinmonopol die Abgabe von Sprit zu Trinkzwecken um diese Zeit rationiert hatte. Es wurde an den einzelnen nur soviel abgegeben, als der Verbrauch der Vormonate betragen hat. Die Folge des dauernd zurückgehenden Absatzes wirkt sich auch in den Einnahmen des Reiches aus. Im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1930 wurden die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol auf 295 Millionen Mark veranschlagt. Aufgekommen sind, trotz der Mitte des vorigen Jahres erfolgten Steuererhöhung, nur etwas über 271 Millionen Mark. Wie diese Steuererhöhung auf den Absatz einwirkte, zeigt folgender Vergleich: Im Monat März 1929 wurden aus dem Spiritusmonopol 38,1 Millionen Mark vereinnahmt. Im März 1930 betrug die Einnahme bei erhöhten Steuerfüßen nur 22,2 Millionen Mark, also 15,9 Millionen Mark weniger als im Vorjahr. Die Steuererhöhung hat also nicht erreicht, was das Reichsfinanzministerium wollte, sondern das, was die Abstinenzler aller Schattierungen von jeder Getränkesteuererhöhung erhoffen.

In dem Bericht des Branntweinmonopols wird die Erzeugung in der Berichtszeit mit 1 185 498 Hektoliter angegeben, während der Gesamtabsatz nur 476 102 Hektoliter betrug. Der vorhandene Bestand steigerte sich demzufolge um über 700 000 Hektoliter auf 1,80 Millionen Hektoliter. Mit diesem riesigen Vorrat ist nach den augenblicklichen Absatzverhältnissen für ein ganzes Jahr vorgesorgt. Es ist die höchste Zeit, daß die Branntweinmonopolverwaltung und der Beirat daraus endlich die Lehre ziehen und nicht nur das Brennrecht, sondern auch den hohen Uebernahmepreis, der immer mehr den Anreiz zum Brennen gibt, herablegt.

Die Fleischwarenindustrie im Film

Zur Uraufführung eines Propagandafilms in Berlin hatte der Reichsverband der Fleischwarenindustrie Vertreter verschiedener Behörden und Organisationen geladen. In seiner Begrüßungsansprache hob Direktor Dr. Schwerdt den Zweck des Films hervor. Mit Recht verwies er darauf, daß die Kontingenten der Nachkriegszeit hohe Ansprüche auch an die Fleischwarenindustrie stellen und daß dem vollauf zu entsprechen sei. Der Film zeigt nur einen Bruchteil der vielseitigen Fabrikation, der Schlachtung und Untersuchung von Schweinen, der Verarbeitung des Fleisches, der Herstellung von Rohwurst und Rohwürst, Schinken und Speck, Dosenwürstchen, Rouladen und sonstigen Spezialitäten in verschiedenen Fleischwarenfabriken ohne Hervorheben dieser Betriebe.

Die schnelle Abwicklung ließ kaum den Fachmann folgen, woraus zu schließen sein dürfte, daß Laien noch schwerer ein Verständnis finden könnten. Es wurde auch schon besseres, klareres gezeigt im Film über Fleischverarbeitung und Fleischwarenindustrie, verbunden mit noch moderneren Betriebseinrichtungen. Die Technik ruht auch hier nicht ungewollt zeigte aber der Film, warum die Arbeitslosigkeit der Fleischergewerkschaften so riesig groß ist. Neben der maschinellen Leistung sehen wir die außerordentlich hohe Zahl weiblicher Arbeitskräfte, wodurch der gelernter Fleischer zumeist nur noch zur schwereren Arbeitsleistung neben besonnderer Spezialarbeit benötigt wird. Ob der Hauptzweck des Films, Propaganda für mehr Wurst- und Fleischwarenabsatz erreicht wird, dürfte zweifelhaft sein, weil dazu vor allem die nötige Kaufkraft erforderlich ist.

Scharfmacher

„Der Böttchermeister“ in Sandersheim hat sich nunmehr auch den Scharfmachern angeschlossen. In Nr. 19 veröffentlicht er einen sehr gehässigen Artikel gegen die Konsumvereine, durch den diese Unternehmerzeitung bekannt gibt, daß auch sie den Arbeitern als Konsumenten das Recht zur genossenschaftlichen Betätigung absprechen will. Die alten Schlagworte, wie wir sie bei solchen Gelegenheiten immer finden, kehren auch hier wieder. Schuld an der wirtschaftlichen Misere sind natürlich die internationalen Parteien, Konsumvereine und Gewerkschaften, die mit dem internationalen Kapital wetteifern, um den Mittelstand zu vernichten. Ganz besonders hat es dieser Unternehmerzeitung die Gewerkschaft angetan. Sie meint, die Gewerkschaften werden im Böttcherberuf überschätzt, „sonst könnte es nicht möglich sein, daß man so leichtfertig Lohnsätze abschließt und den Gewerkschaften in die Hände arbeitet. Ist erst einmal ein bezahlter Syndikus da, hat die Sache überhaupt kein Ende mehr. So wollen's die Bonzen haben, und wenn den Kollegen im Lande endlich ein Licht aufgegangen ist, sich zu rühren, dann ist es zu spät. Hier hat der Kampf einzusetzen. Jede Mitarbeit an Lohnsätzen ist abzulehnen, und die Landesverbände sind im gleichen Sinne zu verpflichten. Jetzt im Mai haben wir drei Millionen Arbeitslose, kommenden Winter jedenfalls fünf, und wenn die Gewerkschaften so weiter die deutsche Wirtschaft beeinflussen, dann 1932 sicher sieben Millionen.“

Mit diesem ausgesprochenen Biss versucht diese Unternehmerzeitung auf ihre Leser einzumirken. Verantwortlich für den redaktionellen Teil zeichnet Karl Kindfleisch in Wernigerode. Wir schätzen diesen Herrn geistig nicht so niedrig ein, daß er diesem unter seiner Verantwortung verzapften Speich Glauben schenken wird. Wir brauchen uns daher nicht zu wundern, wenn in den Kreisen der Handwerker über die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft so viele Unkenntnisse noch bestehen.

Es liegt sicher auch nicht im Interesse eines niedergehenden Berufes, sich in dieser gehässigen Weise gegen die Arbeiterschaft zu wenden. Bestimmt wird es noch einen Teil einsichtiger Unternehmer im Bunde der deutschen Böttcher- und Schächlermeister geben, die ebenfalls mit uns mit dieser gehässigen Notiz nicht einverstanden sind. Wie ist es denn praktisch? Die Handwerkermeister, die so gerne gegen die Gewerkschaften schimpfen und ihnen alle Schuld an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und der dadurch zunehmenden Arbeitslosigkeit zuschieben, zählen bekanntlich auch zu denen, die nur Lehrlinge, aber keine Gesellen beschäftigen. Wo soll denn letzten Endes dieser Zustand hinführen, wenn die Lehrlingszucht überall überhand nimmt und keine Arbeitsmöglichkeiten für die Ausgelernten als Gesellen bestehen.

Während von Unternehmerseite ständig Aufrufe ertönen werden zur Organisierung aller Handwerks-

meister, also hier sehr gut der Wert der Organisation erkannt wird, verübeln sie es den Arbeitern, wenn sie sich ebenfalls in ihren Gewerkschaften zusammenschließen. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Und daher staunen wir, wenn von den Unternehmern immer wieder in der gehässigen Form gegen die Gewerkschaften geheht wird. Ob das der richtige Weg ist, das Gewerbe schützen zu können, das bezweifeln wir.

Jugendtreffen in Hamburg

Von der Gauleitung im Gau Norden ist zu den Pfingstfeiertagen vom 7. bis 9. Juni ein Jugendtreffen in Hamburg veranlaßt worden. Nach dem uns vorliegenden Programm wird die Veranstaltung in erster Linie der weiteren Stärkung unserer Jugendbewegung im Gau dienen. Außerdem sind Besichtigungen von Hagenbecks Tierpark und der Stadt Hamburg sowie eine anschließende Hafentourfahrt geplant. Weiter sollen unsere jugendlichen Kollegen und Kolleginnen in den modernen Großbetrieb der „Produktion“, der elektrischen Bäckereianlage sowie der Schlächtereier und Wurstfabrik Einblick gewinnen. In den Jugendabteilungen des Gaus wird seit langer Zeit alles daran gesetzt, um eine starke Teilnahme zum Jugendtreffen zu veranlassen. Von der Hamburger Kollegschaft ist außerdem Vorförderung getroffen, daß alle Jugendlichen in Freiquartieren untergebracht werden können.

Sarotti-Bilanz 1929

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht betrug der Rohertrag im vergangenen Geschäftsjahre 10,54 (im Vorjahre 9,88) Millionen Mark. Einen Vergleichsmaßstab bilden jedoch diese Zahlen nicht, weil innerhalb der Geschäftsperiode die Hattersheimer Fabrik der Nestle-Gruppe hinzugezogen ist. Dort waren technische und organisatorische Umstellungen notwendig, so daß Hattersheim erst für das kommende Geschäftsjahr in Betracht kommen wird.

Durch die Verteilungsvereinbarung im Nestle-Konzern, wonach Sarotti auch die bekannten Schweizer Marken herstellt, wird eine verstärkte Nachfrage und ein weiterer kräftiger Auftrieb für den Umsatz der Sarotti-Gesellschaft erwartet. Durch die eigene Qualitätsproduktion wird die Gesellschaft des Zwanges entzogen, den Wettbewerb ausschließlich auf der Basis des niedrigsten Preises zu führen. Die Handlungsunkosten betragen 7,18 (im Vorjahr 6,32) Millionen Mark. Die Steigerung der Unkosten liegt in der allgemeinen Zunahme des Unkostenindex der deutschen Industrie und in zweiter Linie in der Angliederung des Hattersheimer Werkes. Es kommt weiter hinzu, daß die Sarotti A.-G. für die Markenrechte der Schweizer Großaktionäre jährlich 150 000 Mk. auf

die Dauer von zehn Jahren zu leisten hat. Abschreibungen betragen 1,08 Millionen Mark bei einem Gesamtwert von 7,75 Millionen Mark der vorhandenen Werke. Eine Reservevergrößerung von 1,81 auf 2,78 Millionen Mark ist in dieser Zeit entstanden.

Aus dem Reingewinn von 1,16 (im Vorjahre 1,09) Millionen Mark kommt eine Dividende, wie wir bereits früher berichten konnten, von 10 Proz. auf 11 Millionen Mark Aktienkapital zur Verteilung. Am 1. Januar 1930 werden weitere 2,5 Millionen Mark Aktienkapital dividendenberechtigt, so daß dann ein Gesamtkapital von 13,5 Millionen Mark in Frage kommt.

Die Fusion mit dem Nestle-Konzern hat sich für das Sarotti-Unternehmen sehr segensreich ausgewirkt. Im kommenden Jahre wird durch die getroffene Vereinbarung der Herstellung der Schweizer Marken und durch die technische Vervollkommnung des Werkes in Hattersheim bestimmte eine bedeutende Steigerung der Gewinnquote eintreten.

Konzentrationswelle in der Schokoladenindustrie

Die zwei kapitalstarken Partner, der Nestle- und Schicht-Konzern, sind durch die bereits vollzogenen Fusionen in ihren Bestrebungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Nach Meldungen in der Tagespresse stehen wir vor dem Abschluß weiterer bedeutender Ereignisse. Das Eindringen der zum Margarine-Konzern gehörenden Schicht-Gruppe (Elda-Creme) bei der deutschen Schokoladenindustrie nimmt weiter seinen Fortgang.

Bekanntlich wurden im Vorjahre von der Schicht-Gruppe die Reichardt-Werke in Wandsbek, Hauswaldt (Magdeburg), Gaedte (Hamburg) und Goldina (Bremen) übernommen. Nun sind Besprechungen dieser Gruppe mit der Stollwerck A.-G. in Köln und Berlin im Gange zur weiteren Fusionierung des Reichardt-Werkes mit Stollwerck. Nach den Berichten in der Tagespresse sollen hierüber bereits Verhandlungen gepflogen worden sein. Es wird bestätigt, daß die Stollwerck A.-G. bereit ist, die Schokoladen- und Pralinenbetriebe von Reichardt zu übernehmen. Dagegen sollen vorerst die sehr gutgehenden Kakaobetriebe bei Reichardt verbleiben.

Mit der Uebernahme der gesamten Reichardt-Fabrikationsabteilungen würde die Stollwerck A.-G., die bereits mit einem Kapital von 16,4 Millionen und einer Belegschaft von annähernd 3500 Personen arbeitet, zu den bedeutendsten noch selbständigen Schokoladenfabriken in Deutschland gehören. Der Einfluß der Stollwerck A.-G. könnte dadurch ganz wesentlich gesteigert werden, und sie würde bestimmt auch sehr bald in eine sehr scharfe Rivalität mit dem Nestle-Konzern geraten.

Das Tagewerk eines Bierfahrers

Arrr... macht der Becker; es ist 5 Uhr morgens. Die Nacht für den Bierfahrer Wilhelm ist um. Er rührt sich noch nicht im Bette. Seine Frau steht auf und denkt: Nun, will denn der heute gar nicht hochkommen. „Wilhelm“, ruft sie, „los, auf, es ist Zeit!“ Endlich, nach langem Gähnen und Reden erhebt er sich. Schnell wird eine Tasse Kaffee-Erbsen eingenommen, und schon polktert er mit seinen schweren Stiefeln die Treppe hinunter.

Der Weg zur Brauerei ist nicht sehr weit. Unterwegs trifft er Kollegen, die ebenfalls mit schweren Schritten der Brauerei zueilen. Die Pferde sind schon vom Stallmeister gefüttert. In kurzer Zeit müssen sie und die Geschirre in Ordnung gebracht werden. Darauf wird besonders Wert gelegt. Jetzt wird angepöpselt. Jeder will der erste sein. Wilhelm kommt ziemlich als letzter auf den Hof. Er hat ein paar junge, wunderschöne Fuchse. Er pöpselt da und dort noch am Geschirr herum, denn seine Pferde sind sein Stolz. Er schickte sich gerade an, seinen Wagen an die Rampe zu schieben, als der Expedient ruft: „Wilhelm Schulze, mit dem Laden noch warten, erst müssen die Autos heraus.“ Das paßt Wilhelm gar nicht. Er hatte es heute besonders eilig, da die Kantine eines größeren Werkes schon um 8 Uhr Bier haben will. Endlich fährt das Auto vom Hof. Wilhelm kommt an die Reihe. Der Expedient überblättert seinen Adresszettel und ruft: „Alte, 50 Heile, 10 Spezial, 15 Brause wollen Sie haben?“ „Ja, das muß ich haben“, sagt Wilhelm, „und einen Mitfahrer dazu.“ „Das auch noch“, sagt der Expedient, „wo soll ich denn bloß die Leute hernehmen.“ Er bekommt einen Mitfahrer, denn es wäre noch schöner, bei 75 Kästen sich allein herumzuquälen!

Wilhelm hätte gern die erste Frühstückstulle gegessen, aber heute geht es nicht, die Kundschaft wartet auf Bier. Die Geldtasche wird umgehängt und los geht es. Wie er vom Hof fahren will, kommt der Betriebsratsvorsitzende gelaufen: „Du, Wilhelm, vergiß nicht, morgen Abend ist die Bierfahrerversammlung von wegen der Ueberstundenbezahlung.“ „Ja, ich weiß Bescheid, ich komme“, antwortete Wilhelm.

Der erste Kunde ist die Werkkantine. Der Kantinier empfängt die beiden mit dem Zuruf: „Ihr habt wohl heute noch nicht ausgeholfen, jetzt warte ich schon eine halbe Stunde.“ Wilhelm entschuldigt sich wegen der Verzögerung, die er hatte. „Es ist schon gut“, sagt der Kantinier, „nun mal 10 Kästen reingebracht.“ Als dies geschehen war, rechnet Wilhelm den Betrag zusammen, der Mitfahrer versteht das leere Gut, das Geld wird in Empfang genommen und weiter geht es. „So“, sagt Wilhelm, „das hat etwas Luft gemacht, vor allen Dingen ist der Kantinehengst wieder einmal zufriedengestellt.“

Jetzt kommen die kleinen Kunden, meist Krämer. Bei jedem Abnehmer muß er nachfragen, ob Bedarf vorhanden ist. „Ich brauche heute nichts“, ruft die Geschäftsfrau schon von weitem. „Solange der Wirt nebenan den halben Liter für 30 Pf. verkauft, werde ich kein Flaschenbier mehr los.“ „Auf Wiedersehen“, und los geht es zum nächsten Kunden. Wieder ein Krämerladen. Im Laden stehen einige Kunden. Wilhelm muß warten, das paßt ihm gar nicht. Er tritt von einem Bein auf das andere; denn er weiß, nebenan ist ein Kunde, der auch von einer anderen Brauerei Bier bezieht. Wilhelm sah schon auf der Straße, daß der Kollege Robert von der E.-Brauerei mit seinem Gefährt angerastelt kam. Kommt er ihm zuvor, dann macht er auch das Geschäft. Endlich hat die Geschäftsfrau ihre Kunden abgefertigt. Nun kommt Wilhelm an die Reihe. Die Geschäftsfrau sagt: „Eigentlich gebrauche ich heute nichts, aber bringen Sie mal einen Kasten hell und einen halben Kasten Brause herein.“ Schnell ist auch dies erledigt. Die Rechnung wird fertiggestellt und wird zur Unterschrift vorgelegt. Da sagt die Geschäftsfrau: „Bezahlen kann ich aber heute nicht. Sie müssen bis morgen warten.“ Das ist für Wilhelm unangenehm. Pumpen darf er nicht, tut er es doch, dann auf seine eigene Verantwortung. Bumot er nicht, so ist er den Kunden los. Nun ja, denkt Wilhelm, das sind ja ehrliche Leute, du wirst das G.-B. schon wieder kriegen. — Mittelweile hat tatsächlich der Kollege Robert von der E.-Brauerei den Kunden nebenan bedient. Wilhelm muß ohne etwas abzusetzen wieder abziehen. Als er auf die Straße kommt, sieht er gerade noch,

wie Robert von der E.-Brauerei grinsend an seine Mütze faßt und ruft: „Morgen Wilhelm.“ Wilhelm brummt sich was in den Bart, das soviel bedeutet wie „Du kannst mir sonst was, warte nur, das nächstemal bin ich der erste.“ Nun geht es weiter, da ein Kasten, dort zwei Kästen. Das Geschäft will sich heute gar nicht so recht machen. Bei verschiedenen Kunden bekommt Wilhelm kein Geld, er soll nachmittags auf dem Rückwege nochmals vorbeikommen. Um die Kunden kaufstücker zu machen, hat Wilhelm und sein Mitfahrer schon einige Flaschen Bier zu sich genommen. Die ganze Tagesprovision ist schon draufgegangen. Auf ihrer Tour kommen sie auch an dem Verbandsbureau vorbei. „Du, Wilhelm“, sagt der Mitfahrer, „ich habe von unserem Vertrauensmann gehört, daß heute Abend da oben eine Sitzung ist; ich will mal sehen, ob die Bonzen was gebrauchen.“ Der Mitfahrer geht rauf und kommt gleich wieder zurück. Zwei Kästen werden verlangt. Anschreiben braucht Wilhelm nicht, hier wird prompt bezahlt. Ein Kunde nach dem anderen wird abgefahren. Bei jedem Kunden muß nachgefragt und rückständige Gelder müssen einliefert werden. Die Rechnung muß stimmen, Geld muß der Bierfahrer mit nach Hause bringen, sonst tauert er nicht für seinen Posten.

Wilhelm und sein Mitfahrer haben sich heute tüchtig beeilt, sie kommen gerade auf dem Brauereihof an, als die Kollegen vom inneren Betrieb die Brauerei verlassen. Es muß der Wagen abgeladen und das Leergefäß richtig gezählt werden. Für jeden fehlenden Kasten bzw. für jede fehlende Flasche haftet der Bierfahrer. Die Pferde werden in den Stall gebracht, dann wird im Kontor abgerechnet. Mittlerweile ist schon wieder eine Stunde Zeit vergangen, so daß Wilhelm 10 Stunden schwere Arbeit hinter sich hat, ohne eine nennenswerte Pause gehabt zu haben. Das Frühstück ist so nebenbei verzehrt worden. Ueberstunden sollen und dürfen nicht gemacht werden. So kommt es, daß die Pausen meistens in der Arbeitszeit mit ausgehen. Endlich verläßt auch Wilhelm die Brauerei. Auf dem Nachhausewege rußelt er noch darüber nach, wie er morgen dem Robert von der E.-Brauerei ein Schnippchen schlagen kann.

Unternehmer fördern christliche Gewerkschaft!

Daß zwischen den Arbeitgebern und den christlichen Gewerkschaften oftmals eine gute Seelenharmonie herrscht, kann oft wahrgenommen werden. Mag es daran liegen, daß die christlichen Gewerkschaften ihnen nicht so gefährlich erscheinen. Jedenfalls darf eine derartige Harmonie nicht auf Kosten des Arbeiters gehen.

Ein besonderer Fall ist uns jetzt zur Kenntnis gekommen. In den Weingroßhandlungen des Nacher Regierungsbezirkes fanden Lohnbewegungen statt. Einer der größten und leistungsfähigsten Betriebe legte uns die größten Widerstände entgegen. Verhandlungen waren ergebnislos. Der Schlichtungsausschuß traf eine Entscheidung, die als vollständig ungenügend anzusehen ist. Die Unternehmer nahmen diesen Spruch auch nicht an. Der Landesschlichter mußte weitere Verhandlungen zwecks Einigung resp. Verbindlichkeitserklärung führen. Während dieser Lohnbewegung versuchte eine Weingroßhandlung immer wieder die beschäftigten Kollegen zu beeinflussen, aus der Organisation auszutreten. Alle möglichen Versprechungen wurden gemacht. Die Kollegen ließen standhaft. Der Unternehmer versuchte nun ein anderes Mittel und wandte sich an die christliche Organisation, um die Arbeiter zu einer Versammlung einzuladen resp. sie zum Uebertritt zu bewegen. Der christliche Vertrauensmann erschien vor dem Tor- eingang der Weingroßhandlung, um die Arbeiter zu seiner Organisation herüberzuholen. In seiner Redseligkeit plauderte er aus, daß die Firma es wünsche. Die Kollegen, die in der christlichen Organisation aber schlechte Erfahrungen gemacht hatten, waren nicht gewillt, dem Wunsche ihres Arbeitgebers zu folgen. Sie erinnerten sich nur zu sehr an die bisher gemachten zufriedenstellenden Erfolge und Vertretung ihrer Interessen im Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Sie wußten, daß sie in der jetzigen Organisation besser aufgehoben seien als in der christlichen. Alle Bemühungen des Arbeitgebers und der christlichen Organisation schickerten deshalb auch. Nachdem der Firma kein Erfolg beschieden war, ließ sie sich recht ungnädig ihren Arbeitern gegenüber aus. Andeutungen wurden gemacht, „daß sie ihnen das nicht vergessen würde“. Der Betriebsrat wurde wiederholt ebenfalls bearbeitet. Jedoch auch hier erfolglos. Nach wie vor steht die gesamte Belegschaft treu zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Beschämt mußte der Vertrauensmann des christlichen Verbandes die Bearbeitung unserer Kollegen aufgeben. Ob ihn diese Ausführung des Wunsches des Arbeitgebers nicht doch etwas eigenartig berührt hat? Sollte nicht ein klein wenig Schamgefühl ihm die Wangen gerötet haben? Die enge Seelenharmonie zwischen Arbeitgeber und christlicher Organisation treibt oftmals über duftende Blüten.

Die Sozialdemokratische Partei von heute

Der nun vorliegende Jahresbericht über die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei im vergangenen Jahre beweist das stetige Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung. In 33 Bezirksverbänden waren am Schlusse des letzten Jahres 1 021 777 zahlende Mitglieder vorhanden. Gegenüber dem Jahre 1928 betrug der Gewinn 84 416 Mitglieder. Die Mitgliederzahl setzt sich aus 803 442 Männern und 218 335 Frauen zusammen, die sich auf 9544 Ortsvereine verteilen. Im letzten Jahre wurden 628 neue Ortsvereine gegründet.

Die Einnahme aus den regelmäßigen Wochenbeiträgen betrug 7 281 604 M. Die Stärke der Sozialdemokratischen Partei spiegelt sich nicht nur in diesen Zahlen. Sie wurzelt tief in allen demokratischen Instituten der Republik. Sie hat im Reichstag 152 und in den einzelnen Landtagen insgesamt 582 Vertreter. In 1372 Städten hat sie 9057 Stadverordnete, in 9416 Landgemeinden 37 709 Gemeindevertreter, ferner 947 Bürgermeister, 333 hauptamtliche Stadträte, 1109 Gemeindevorsteher, 4373 Kreistagsabgeordnete und in den Provinziallandtagen 445 Vertreter.

Dieser gewaltige Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei in der Nachkriegszeit ist ein Beweis der großen Macht der werktätigen Bevölkerung. Dennoch versucht die Junft der Reaktionäre diese politische Interessenvertretung der Arbeiterchaft zu zertrümmern. Sie wird den Granitblock der Sozialdemokratie nicht stürzen können, denn diese große starke Partei läßt sich nicht aus dem politischen Leben einfach wegdenken oder wegdisputieren.

Tariffbewegung im Mühlengewerbe

Die Tariffbewegung für das schleswig-holsteinische Mühlengewerbe ist durch die Verhandlung beim Schlichter der Nordmark am 14. Mai noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen. Der Müllerinnungsverband ließ durch seinen Rechtsanwalt erklären, daß er es ablehne, mit dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Sektion Mühlenarbeiter, einen Tarifvertrag abzuschließen. Ein „Tarifvertrag“ bestehe mit der Deutschen Hilfe, und dieser haben die Mühlenbesitzer ihr Ehrenwort gegeben. — Aus den Ausführungen war ersichtlich, daß die Mühlenbesitzer sich der Deutschen Hilfe gegenüber für das bisherige Entgegenkommen zu Dank verpflichtet fühlen. — Der „Tarifvertrag“ sieht eine 60 stündige regelmäßige Arbeitszeit mit entsprechender Ueberarbeit ohne besondere Bezahlung vor.

Die Entscheidung des Schlichters soll den Parteien schriftlich zugestellt werden. Es besteht die Möglichkeit, daß ein Wirtschaftskampf noch beigelegt werden kann.

Interessenvereinigung Thüringer Brauereien und Mälzereien

Für die Thüringer Malzindustrie besteht seit Jahren mit oben genannter Interessenvereinigung ein Tarifvertrag. Im Jahre 1927 wurde dieser neu abgeschlossen und der Ort Saalfeld in Ortsklasse 2 eingereiht. Die Mälzerei Eckardt war damals nicht Mitglied der Interessenvereinigung. Nachdem die Malzfabrik jetzt Mitglied der Interessenvereinigung geworden ist, beantragte letztere, die Malzfabrik Saalfeld von Ortsklasse 2 in Ortsklasse 4 zu versetzen. Im Tarifvertrag, der auch für allgemeinverbindlich erklärt ist, ist eine Versetzung der Orte in andere Ortsklassen während der Tarifdauer zugelassen; es heißt aber ausdrücklich, wenn die Verhältnisse einzelner Orte sich während des Tarifvertrages ändern. Es kommen also nicht betriebliche, sondern allgemeine örtliche Verhältnisse in Frage. Die Interessenvereinigung kann nun auf Grund der örtlichen Verhältnisse eine Begründung zur Versetzung nicht herleiten, da diese für Saalfeld nicht günstiger geworden sind. Die Begründung erfolgte nun beim Schlichtungsausschuß mit den betrieblichen Verhältnissen der Mälzerei.

Nachdem die Malzfabrik Gebr. Hornburg in Gotha von der Aktienbrauerei Eisenach übernommen wurde, stellten wir bei der Interessenvereinigung den Antrag, daß nunmehr in der Mälzerei, als Betriebsmälzerei der Aktienbrauerei Eisenach, dieselben Löhne wie in der Aktienbrauerei bezahlt werden. Die Interessenvereinigung lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß laut Tarifvertrag nicht betriebliche, sondern örtliche Verhältnisse maßgebend sind. Dieselbe Begründung, die von der Interessenvereinigung damals abgelehnt worden ist, wird jetzt im Falle Saalfeld herangezogen.

Es ist hiermit wieder der Beweis erbracht, daß die Interessenvereinigung dem Grundsatz huldigt: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Man kann schwarz als weiß und umgekehrt hinstellen, je nachdem wie es gebraucht wird.

Wie wir bereits früher erwähnten, ist die Interessenvereinigung auch nicht für Einhaltung der von ihr abgeschlossenen Tarifverträge. Das beweist eine Mitteilung an eine Mälzerei in Nordhausen, die besagt, daß die Ein- und Ausstellungsklausel im Tarifvertrag den einzelnen Arbeitgeber nicht binde, sondern nur die beiden Tarifkontrahenten. Wir sind gewohnt, daß die Tarifparteien sich auch bei ihren Mitgliedern für Einhaltung der Tarife einsetzen müssen, denn sonst hat es keinen Zweck, eine Organisation, die das Gegenteil tut, als Tarifpartner anzuerkennen. Bei einer der-

Ein Besuch in einer amerikanischen Gewerkschaftshochschule

Von Fr. L. Dr. Schmidt.

Es war bei einem Luncheon, zu dem sich die Mitglieder des Labour Age — der Zeitschrift des sozialistischen und progressiven Flügels der amerikanischen Arbeiterbewegung — im Civic Club in New York versammelt hatten, als ich von Mr. Muffe, dem Leiter des Brookwood Labor-College eingeladen wurde, diese amerikanische Gewerkschaftshochschule zu besichtigen.

So fuhr ich eines Morgens im Dezember 1929 von New York aus nordwärts, bis ich nach etwa anderthalbstündiger Fahrt Katonah, ein kleines Landstädtchen, erreicht hatte. Ein Auto brachte mich in die Berge des Hudsonflusses. Bald bog der Wagen in einen Seitenweg ab, der schon zu dem Privatbesitz des Labor-College gehörte. Es war ein größeres an einer Anhöhe gelegenes Gebiet. Im Walde versteckt lagen kleine Einfamilienhäuser, in denen, wie ich später erfuhr, die Lehrer mit ihren Familien wohnten. Sobald wir aus dem Walde kamen, lag nach allen Seiten dem Blick freigegeben ein weites, weißes im Kolonialstil erbautes Haus, das Hauptgebäude, vor uns. Ein anderes, neueres und höheres Gebäude gleich hinter diesem dient in der Hauptsache als Wohnheim für die Mädchen. Die Schlafräume für die männlichen Schüler dagegen befinden sich in kleinen Holzhäusern, die weit hinein in den Wald verstreut liegen. Es fiel mir auch sofort der Tennisplatz ins Auge, den ein guter Amerikaner nicht entbehren kann. Auf dem weiten Spielplatz daneben verquähte sich eine Gruppe von Schülern beim Faustballspiel. Ich trat zunächst in die Eingangshalle des Hauptgebäudes ein, die mit ihrem geräumigen Kamin und dem vielbenutzten Radio in der Hauptsache als Wohnraum dient. Bald erhielt ich eine freundliche Führerin, die mir bereitwillig alles zeigte. Die Wohnhalle, der Esssaal, die Bibliothek und das Schulzimmer sind mit ihren getünchten Wänden von puritanischer Einfachheit und Schmutzlosigkeit. Dagegen sind die hygienischen Einrichtungen, wie Wasch- und Baderäume, geradezu vorbildlich. Durch eine gewisse großzügige Anlage der Räumlich-

keiten ist dafür gesorgt, daß das Zusammenleben der Schüler sich nicht zu eng gestaltet. Es wird darauf gesehen, daß jeder möglichst ein eigenes warmes Zimmer hat.

Während meines Besuches lebten etwa 35 Schüler in diesem Heim zusammen. Im Winterhalbjahr von Oktober bis April liegt der Hauptkursus, der sieben Monate dauert. Man ist ein Brookwood Graduiert, wenn man zwei Jahre, die nicht unbedingt aufeinander folgen müssen, das College besucht hat. Im Sommer liegen kürzere Kurse von zwei bis drei Monaten. Die Kosten für den siebenmonatigen Kursus betragen 200 Dollar. In den meisten Fällen jedoch geben die Gewerkschaften Stipendien, indem sie für das Halbjahr für jedes ihrer Mitglieder 450 Dollar einzahlen. Unter den Schülern befindet sich eine große Anzahl von schon aktiv gewesenen Gewerkschaftsmitgliedern.

Das Lehrziel des Brookwood College besteht ja auch, wie in dem Prospekt angesetzt ist, darin, daß die Schüler zu einem tätigen Mitglied der Gewerkschaften erzogen werden sollen. Wer einige Kenntnis davon hat, wie sehr die Gewerkschaftsarbeit, abgesehen von einzelnen bevorzugten Berufsgruppen, in USA. im argen liegt, kann die Bedeutung dieser Schule ermessen, die, soviel ich weiß, nicht ihresgleichen in Amerika hat. Die Leitung erklärt, daß sie nicht die Vermittlung von politischen Programmen und totem Wissensstoff, sondern die Erziehung zum selbständigen Denken als ihre wesentliche Aufgabe ansieht.

Wie weit dieses Ziel nun auch tatsächlich erreicht wird, konnte ich nicht feststellen, da ich von der Art des Unterrichts nur einen sehr vagen Eindruck erhielt. Ich hatte Gelegenheit, im fortgeschrittenen Kursus einer Unterrichtsstunde über die internationale Arbeiterbewegung beizuwohnen. Der Unterricht wurde in Gesprächsform gegeben. Diese Stunde verlief besonders angeregt dadurch, daß die Mitglieder verschiedener Nationen zu Worte kamen. Auch hier fiel es mir wieder auf, daß man wie schon verschiedentlich bei ähnlichen Gelegenheiten von der deutschen Arbeiterbewegung und dem von ihr Erreichten als von etwas für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt Vorbildlichem sprach. Darauf folgte

eine Unterrichtsstunde in Englisch für den erstjährigen Kursus. Es wurden hier Worte und Wendungen, die in Tarifverträgen gebräuchlich sind, besprochen. Daß in USA. der Unterricht in der Muttersprache noch bei Erwachsenen notwendig ist, ist durch die Teilnahme vieler aus Europa Zugewandelter, wie Deutsche, Skandinavier, Osteuropäer und Russen zu erklären. Denn die aus den europäischen Industrieländern zugewanderten gelernten Arbeiter bilden ja den eigentlichen Stoßtrupp der amerikanischen Arbeiterbewegung — wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann. Am Nachmittag wohnte ich einer Stunde bei, während der die Schüler in Rhetorik unterwiesen wurden. Es fiel mir vor allem angenehm auf, mit welchem Freimuth die Schüler während der Diskussion ihre Meinung zum Ausdruck brachten. Bei aller Disziplin — es wird z. B. streng darauf gesehen, daß alle Schüler den Unterrichtsstunden, für die sie sich eingetragen haben, beizuwohnen und daß sie die aufgegebenen Arbeiten pünktlich abliefern — herrscht doch ein ausgesprochen kameradschaftlicher Ton zwischen Lehrern und Schülern. Dieses Verhältnis wird noch besonders ungezwungen dadurch, daß sich Lehrer und Schüler durchweg beim Vornamen nennen.

Als wesentlich bildendes Moment kommt neben dem Unterricht das Zusammenleben der Schüler in ihrer Freizeit hinzu. Das Gelände, das das Privateigentum des Brookwood College ist, besitzt eine für europäische Begriffe märchenhafte Ausdehnung, und bietet als Gegengewicht gegen die intellektuelle Erziehung vorzügliche Gelegenheit zum Sport aller Art. Jetzt soll sogar zum Sommer ein großes Schwimmbassin erbaut werden, damit den Schülern möglichst in der Nähe eine Badegelegenheit zur Verfügung steht. Der Stundenplan ist derart eingerichtet, daß neben der Muße zum Selbststudium jeden Tag noch eine Stunde zu praktischer Arbeit frei bleibt, während der sie Hilfe leisten, sei es bei den Reinigungsarbeiten in den Hymnen, beim Essenaustragen oder bei Aushilfsarbeiten in der Bibliothek oder im Bureau. Die Organisation des Heimlebens liegt in den Händen der Schüler. Jede Woche geben sie einen Bericht von dem was im Heim vorgefallen ist heraus, der unter

artigen Einstellung braucht man sich nicht zu wundern, daß Differenzen immer mehr werden. Anstatt diese durch beiderseitige Aussprachen zu bereinigen, werden die Verhältnisse nur verschärft. Nach dieser Einstellung der Interessenvereinigung muß es auch uns erlaubt sein, andere Mittel anzuwenden. Gerade die Mälzerei Schmidt-Nordhausen, die es in diesem Falle betrifft, weiß, daß uns auch andere Mittel zur Verfügung stehen. Wir müssen eben leider nach der Einstellung der Interessenvereinigung wieder zu dergleichen Mitteln greifen und uns mehr um die Abnehmer der Produkte derjenigen Mälzereien kümmern, die glauben, unsere Organisation und die abgeschlossenen Tarifverträge nicht beachten zu brauchen. Unseren Mitgliedern in den Brauereien kann nicht zugemutet werden, die Produkte derjenigen Mälzereien zu verarbeiten, die unsere Organisation und die bestehenden Tarifverträge nicht anerkennen.

Für die Mälzereiarbeiter wieder ein Beweis, wie notwendig eine geschlossene Organisation ist.

Ausbildung der Küferlehrlinge in Berlin

In allen Tonarten wehrt sich die Unternehmerpresse gegen die Mitwirkung der „roten Gewerkschaften“ in der Lehrlingsfrage. Auch „Der Böttchermeister“ fühlte sich verpflichtet, seinen Segen dazu zu geben. In Nr. 11 wendet er sich energisch gegen „die drohende Bergwerkschaltung der Handwerkslehrlinge“. Es lohnt sich nicht, daß wir uns mit dieser Zeitung über diese Fragen auseinandersetzen. Die Zustände im Berliner Weinküferberuf zwingen uns jedoch, auch einmal in aller Öffentlichkeit auf die gewissenlose „Ausbildung“ der Weinküferlehrlinge hinzuweisen. Es gibt in Berlin eine Firma, die sich nicht schämt, bei Beschäftigung von einem Kellermeister und einem Küfer sieben Lehrlinge zu halten. Wir haben uns der Mühe unterzogen und haben einmal nachgeforscht, was eigentlich den Lehrlingen beigebracht wird. Außer den Arbeiten, die jeder Arbeiter verrichten kann, lernt der junge Mensch nichts. Weinbereitung und Weinbehandlung sind ihm Bücher mit sieben Siegeln. Eine Abschlußprüfung gibt es nicht. Wenn die Lehrzeit beendet ist, erhalten sie sofort oder doch kurze Zeit darauf ihre Entlassung, um für neue Lehrlinge Platz zu machen. Der Arbeitgeber hat so billige Arbeitskräfte, was aus den Jungen später wird, geht ihn nichts an.

Gegen dieses Gebaren müssen wir als Gewerkschaft energisch protestieren. Es ist eine Schande für das ganze Handwerk, wenn solche jungen Leute nachher praktisch arbeiten sollen und sehen müssen, daß sie wohl drei Jahre in der Lehre waren, aber nicht viel mehr als Flaschen korken gelernt haben.

Wir verlangen, daß gegen solche Firmen von seiten der Behörde eingegriffen und Abänderung geschaffen wird. Notwendig ist es weiter, daß sich die Lehrlinge dem Verbands angeschlossen, damit es uns möglich ist,

auch in solche Dinge hineinzuleuchten. Wir werden die Interessen der Lehrlinge vertreten, auch wenn es dem „Böttchermeister“ noch so unangenehm ist.

Einsicht kommt langsam

Endlich findet man den Mut, das Roggenproblem, das seit Jahr und Tag die Gemüter bewegt, an der richtigen Seite anzupacken und damit einer Dauerlösung näher zu kommen. In der „Industrie- und Handelszeitung“ wird endlich ausgesprochen, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Roggenkrise in der Praxis sich als unwirksam erwiesen haben, und daß es sich zur Vermeidung von weiteren Krisen in den kommenden Jahren gar nicht umgehen läßt, eine Unbaubeschränkung für Roggen in Deutschland durchzuführen, um dadurch die Roggenenernten weitmöglichst dem Roggenbedarf anzupassen. Außerst interessant ist es, daß in diesem Artikel auch einmal ausgesprochen wird, daß die verschiedensten Stützungskäufe nicht zu der erhofften Stabilisierung geführt haben. Auch die Magazinierung des Roggens hat, obwohl dieser Roggen auf dem Markt nicht angeboten wurde, das Geschäft sehr stark beeinflusst. Ebenso hat das Exportabkommen, das mit Polen getroffen wurde, zu keinem Ergebnis für Deutschland geführt. Das gleiche negative Ergebnis ist von der großzügig eingeleiteten Roggenbrotpropaganda zu verzeichnen, sowie die mit allen Mitteln geförderte erhöhte Verfütterung von Roggen.

Zusammengenommen, bestehen die bisherigen Maßnahmen zur Stützung des Roggenpreises aus einem einzigen Mißerfolg, der der Reichskasse ungeheure Summen gekostet hat. Es bleibt nunmehr nichts anderes übrig, als dem Bauer einmal plausibel zu machen, daß auch er sich den veränderten Verhältnissen anzupassen habe. Im preussischen Landwirtschaftsministerium wurden darüber bereits Besprechungen gepflogen. Von unserer Seite aus ist schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß dies nur das einzige Mittel sei um wirklich zu helfen. Wenn die Mühe und das Geld, das bisher aufgewendet wurde, bereits zu der Propagierung des einzig richtigen Mittels Verwendung gefunden hätte, dann würde heute bereits das Roggenproblem keine Rolle mehr spielen.

Was das Handwerk von Herrn Brüning fordert

Wenn nicht alles trügt, wird Herr Brüning bald zur Ueberzeugung kommen müssen, daß er die Freunde, die er rief, nicht mehr los werden kann. Nachdem die Landwirtschaft bereits den Dank für ihre Hilfstellung in Gestalt hoher Rölle und Hilfe für die „notleidenden“ Junker im Osten, die Krämer und Händler in Gestalt einer Sonderbelastung der Kon-

sumvereine in der Tasche haben, kommen nun auch die Handwerker und melden ihre Forderungen an, und man muß es ihnen lassen, sie sind nicht kleinlich. So schreibt die „Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung“ unter „Sozialpolitische Umkehr“ unter anderem: „Nicht minder dringlich als die Sozialversicherungsreform (soll doch nur heißen: Abbau. Die Schriftleitung) ist die Säuberung der übrigen in Deutschland mit sozial-gesetzgeberischem Eifer gepflegten Gebiete der Sozialpolitik: Arbeits- und Tarifvertragsrecht, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzbestimmungen, Schlichtungsweisen. Speziell das Handwerk wartet hier auf Erfüllung von Forderungen, die auf den besonderen Charakter der Handwerkswirtschaft abgestellt sind. Es ist nicht etwa berufsständiger Egoismus, der das Handwerk zur Geltendmachung solcher Forderungen treibt, sondern der Wille zu existenzwürdigem Weiterleben und die ehrliche Ueberzeugung, daß das Handwerk seine sozialpolitische Mission als Mittler zwischen Kapital und Arbeit im Interesse von Staat und Wirtschaft weiterhin zu erfüllen in der Lage sein muß. Schema und Schablone, ob in der handwerklichen Arbeit selbst oder in der gesetzlichen Regelung der handwerklichen Arbeitsbedingungen, bringen der Handwerkswirtschaft letzten Endes den sicheren Untergang. Insofern hat der Kampf gegen alle radikalen Forderungen eines 1. Mai schicksalhafte Bedeutung. Das deutsche Handwerk will in seinen Werkstätten keinen Klassenkampf, sondern Kameradschaft, Gemeinschaftsgeist und pflichtbewusste Mitarbeit.“

Diese Ausführungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ihr Inhalt sagt kurz und klar: Wir erwarten von der Regierung Brüning, daß sie die alten unsocialen, von dem Machtwillen einer dünnen Volksschicht getragenen Vorkriegsverhältnisse wieder eingeführt werden. Diese Worte müssen ein Warnungssignal für die gesamte Arbeiterchaft sein!

Fusion Winkelhausen-Hünlich

Die außerordentliche Generalversammlung der beiden Gesellschaften genehmigte die am 1. Mai in Kraft tretende Fusion unter den Bedingungen, Umtausch der Hünlich-Aktien zum halben Nominalwert gegen 2 : 1 zusammengesetzte Winkelhausen-Aktien. Die Fusion wurde durch den Geschäftsrückgang der bereits verbundenen Gesellschaften notwendig, um die Produktion von bisher 5 auf 1 Fabrikationsstätte zu konzentrieren. Die Erzeugung in Witten wurde zusammengezogen, das Magdeburger Werk und die Niederlassungen in Stargard, Marienburg und Düsseldorf werden stillgelegt und die Magdeburger Brennerie nach Witten überführt, wo die Bedingungen und technischen Einrichtungen am günstigsten sind. Die freierwerbenden Grundstücke und Gebäude sollen zur Stärkung der Betriebs-

ihnen zirkuliert. Nach echt amerikanischer Art nimmt der Teil Familiennachrichten einen sehr großen Raum ein. Es wird im übrigen auch eine kleine Zeitschrift für die ehemaligen Schüler des Heims herausgegeben.

Von der Verschiedenartigkeit der Schüler erhielt ich einen Eindruck, als ich sie am Abend alle zu dem einmal wöchentlich stattfindenden open forum (einer öffentlichen Besprechung von politischen Tagesfragen) versammelt sah. Da fiel mir als erstes eine Regierung mit einem ausgesprochen intelligenten Gesicht in die Augen. Daß sie in diesem College, in dem ein freier Geist herrscht, als gleichwertiger Arbeitskamerad aufgenommen wird, versteht sich von selbst. Ich entdeckte auch Landsleute von mir, ein junges deutsches Ehepaar, gelernte Arbeiter, aus der Arbeiterjugend kommend. Die Lehrer stimmen übrigens darin überein, daß ihre aus Deutschland zugewanderten Schüler stets ein verhältnismäßig hohes Niveau haben. Das Brookwood College hat einen guten Ruf durch ganz Amerika. Aus allen Gegenden strömen die Schüler zusammen. In jedem Kursus findet man stets einen oder mehrere Kanadier. Gelegentlich findet man auch einige Studenten, die später in der Arbeiterbewegung wirken wollen, als Schüler hier. Am eindrucksvollsten war mir ein Gespräch mit zwei jungen Arbeitern aus dem Süden, aus North Carolina. Sie waren bei dem Streik in Marion mit unter denen gewesen, auf die hinterrücks von der Polizei geschossen wurde. Von diesen Augenzeugen berichtet, rollte vor meinen Augen noch einmal jenes blutige Drama ab, das vor einem halben Jahr weite Kreise Amerikas in große Erregung versetzt hat. Mr. Ruste hatte drei junge Arbeiter aus dem Süden mit nach Brookwood gebracht, damit sie hier das Notwendige lernen könnten, um in ihrer Heimat die gewerkschaftliche Organisation voranzutreiben. Einer ihrer Kameraden war schon zurückgerufen worden, weil gegen ihn, der sich aktiv am Streik beteiligt hatte, ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden war. Hier im Süden, wo frühkapitalistische Ausbeutung mit einer Rechtsprechung verbunden ist, die gänzlich im Dienste des Kapitals steht, ist es möglich, daß der Sheriff, der auf eine wehrlose Menge von Schülern abgeben ließ, für die

sechs Toten, die er auf dem Gewissen hat, nicht zur Verantwortung gezogen wurde. Auch die beiden Arbeiter, die ich sprach, mußten sich auf eine baldige Rückkehr gefaßt machen. Sie sahen der Strafe mit großem Gleichmut entgegen. Gefährlich bedroht für sie Arbeit in den gesundheitschädlichen Zuteilspinnereien oder mit angefettetem Fuß auf der Landstraße Erdarbeiten tun.

Etwa sechs Lehrkräfte, darunter auch zwei Frauen, sind ständig an dem Brookwood College angestellt. Es wird von diesen Lehrern vorausgesetzt, daß sie, bevor sie im Labor College unterrichten, sich praktisch oder journalistisch in der Arbeiterbewegung betätigt haben. Die meisten von ihnen sind bürgerlicher Herkunft und haben nach ihrer Graduierung im College als Gewerkschaftssekretäre gearbeitet. Nur Tom Tippet, der tatkräftig für die gewerkschaftliche Organisation des Südens arbeitet und gleichzeitig als Lehrer im Brookwood College wirkt, kommt unmittelbar aus der amerikanischen Arbeiterchaft. Ebenso ist Mark Starr, der für das letzte Jahr von England verpflichtet wurde, ein ehemaliger englischer Bergarbeiter, Herausgeber mehrerer Bücher und Kandidat der englischen Arbeiterpartei für das Parlament.

Wenn ich rückschauend überlege, was den eintägigen Besuch in Brookwood so eindrucksvoll für mich gestaltete, so war es der freie und lebendige Geist, der in diesem Heim herrscht. Hier kommt jede Anschauung zu Wort, jede Partei wird gehört. Diesem Prinzip verdankt Brookwood aber auch seine ungezählten Schwierigkeiten. Denn die einzelnen Gewerkschaften der American Federation of Labor betrachten diese Bildungsstätte für ihre Funktionäre mit unerbittlichem Mißtrauen und drohen von Zeit zu Zeit ihre für die Unterhaltung des Homes notwendigen Unterstufungen zu entziehen. Sie vertreten in ihrer ausgesprochen bürgerlichen Einstellung eine Volksbildung, die sich auf die Anziehung bürgerlichen Bildungsgutes vorwiegend ökonomischen Inhaltes beschränkt, und die von dem fortschrittlichen Flügel der sich um Brookwood seit als literarischer Schönheit „geformt“ wird. Seine innere Lebendigkeit erhält Brookwood durch seine enge Verbindung mit der höchst undogmatisch geführten

Socialist Party, die heute zahlenmäßig noch so schwach ist, daß sie von den 435 Sitzen im Kongreß bei der letzten Wahl 1928 nur einen erhalten hat. Diese Partei, die in der Hauptsache aus einer kleinen Schar Intellektueller besteht, die sich in schroffe Opposition zu der Erstarrung und häufigen Mißachtung des geistigen Lebens in U.S.A. stellen, hat im Brookwood Labor College eine Wirkungsstätte gefunden, von der aus sie ihre Ideen in die amerikanische Arbeiterchaft zu pflanzen sucht.

Aus dem Merkbuch eines Böttchers

Von A. Neumeister.

Meine Werkstatt liegt neben dem Kesselhaus. Und so sehe ich sie liegen, auf gewaltige Haufen geschichtet, die Kohle.

So, in ungezählten Mengen beisammen, liebe ich sie. Einzeln sind sie wertlos.

Am Morgenrauen kommt der Heizer und faßt sie mit Schaufel und Karre. Sie brennen für ihn, bringen Wasser zum verdampfen. Der Dampf treibt Räder, auf deren atomloses Surren tausend Arbeiter warten. Sie geben das Signal zur täglichen Arbeit. Sie alle, nicht eine.

Darum sind die schwarzen Kohlen meine besten Freunde. In ihnen finde ich mich selbst wieder, freilich als einzelner nur. Aber ich weiß, anderwärts denken tausend gleichgesinnte Kollegen wie ich.

Bereint türmen wir unser Wollen, wie die vor mir lagernde Kohle.

Unser Kohlenfeld heißt: Der Verband. Die schwarzen Steine, die seitwärts liegen, sind die Abtrünnigen, Saumseligen, sind die mutlosen Bergangeheilsnechte.

Die Schaufel heran, und sie zur Masse geworfen. Kollegen, es ist notwendig, daß wir geschlossen marschieren.

Denkt an die mächtigen Kohlenhalben vor einem Kessel.

An die Glut, die damit entfacht wird. Laßt uns ein glühender Kohlenberg sein.

